



BESCHLUSSVORLAGE	Vorlage Nr.:	59/2017
	Verantwortlich:	OV Neureut

Antrag der SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- Ortschaftsratsfraktionen sowie Herrn Ortschaftsrat Bluck vom 08.12.2017 zur Abgabe einer gemeinsamen Stellungnahme
hier: Der Ortschaftsrat Neureut befürwortet die Entscheidung des Gemeinderates und des Oberbürgermeisters von Karlsruhe Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 15.09.2017 bezüglich einer weiteren Rheinbrücke einzulegen.

Beratungsfolge dieser Vorlage					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Ortschaftsrat	19.12.2017	1	x		

Beschlussantrag

Der Ortschaftsrat wird um Stellungnahme und Beschlussfassung zum Antrag gebeten.

Begründung:

Es bestehen erhebliche Zweifel, ob im Planfeststellungsbeschluss maßgebliche Umstände ausreichend geprüft und bewertet wurden.

Eine leistungsfähige Rheinquerung bei Karlsruhe soll gewährleistet werden. Es ist unbestritten, dass der derzeitige Standort der bestehenden Rheinbrücke ideal ist.

Im Planfeststellungsbeschluss wurde zum einen die für 2018/2019 geplante General-sanierung der bestehenden Rheinbrücke und die damit verbundene erhebliche Verlängerung der Lebensdauer der Brücke und deren Leistungssteigerung nicht hinreichend geprüft. Zum anderen wurde die Alternative einer Ersatzbrücke - die langfristig unvermeidbar sein wird samt deren Bauweise unter Verkehr auf der bestehenden Brücke ebenfalls nicht hinreichend in die Abwägung miteinbezogen. Die Bewertung der Ersatzbrücke als „Brücke zwischen den Brücken“ ist unzutreffend; die technischen Herausforderungen bei ihrer Errichtung werden im Planfeststellungsbeschluss nicht ausreichend betrachtet. Eine Ersatzbrücke könnte zudem eine Lösung für einen Radschnellweg über den Rhein bieten, der derzeit vom Regionalverband und von den Pfälzer Verkehrsplanern gefordert wird. Bei der bestehenden Rheinbrücke Maxau ist ein Rad-Schnellweg nur schwer möglich. Bei der zusätzlichen Straßenbrücke ist bekanntlich gar kein Radweg geplant; die Führung des heutigen Radwegs wird durch die zusätzliche Brücke massiv verschlechtert. All diese Prüfungen zu Alternativen einer zusätzlichen Straßenbrücke wurden entweder nicht oder nicht ausreichend durchgeführt.

Eine „zusätzliche Rheinbrücke“ entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss vom 15.09.2017 würde nach jetziger Planung - wegen der zu erwartenden Verkehrszunahme - die Verkehrsbelastung und die Stauprobleme auf Karlsruher Gemarkung unzumutbar vergrößern und verhindert die Umsetzung eines dringend notwendigen innovativen Verkehrskonzeptes, wie zum Beispiel Förderung des Radverkehrs.

Zudem spricht sich der Neureuter Ortschaftsrat gegen die laut Planfeststellungsbeschluss zwingend voranzutreibende Planung einer Anbindung an die B 36 aus. Die-

se würde in Neureut zu intolerablem Mehrverkehr führen, besonders in den Bereichen Welschneureuter Straße, Klammweg und der Straße Am Wald. Diese innerörtlichen Straßen mit zwei Straßenbahnquerungen, unmittelbar angrenzender Schule und Wohnbebauung sind bereits jetzt in den Hauptverkehrszeiten überlastet und werden durch die kommenden Neubaugebiete Neureuts und der Nordstadt zusätzlichen Verkehr aufnehmen müssen.

gez.

Barbara Rohrhuber
(Fraktionsvorsitzende SPD)

Irene Moser
Harald Denecken
Jürgen Marin

Dr. Stephanie Hugenschmidt
(Fraktionsvorsitzende Bündnis '90/
Die Grünen)
Dr. Dorothea Hansis
Karin Heidke
Thomas Metzger

Klaus Bluck